

Kontexts der Afghanistan-Frage betrachtet werden", erklärten sie. Sie schlugen ferner vor, eine gemeinsame Peace-keeping-Strategie für Mittelasien auszuarbeiten.

Die drei Länder Rußland, Kasachstan und Kirgistan stellen die gemeinsame GUS-Friedenstruppe, die den Waffenstillstand in Tadshikistan überwachen soll. Der war von beiden Seiten bisher nicht vollständig eingehalten worden.

### Aufruf zum Heiligen Krieg gegen USA

Der saudische Regimegegner Usama bin Laden hat von seinem Exil in Ostafghanistan aus am 22. August zum "Dshihad" gegen die US-Soldaten in seinem Heimatland aufgerufen. Das meldete die in London erscheinende arabische Zeitung "al-Quds al-arabi" am 30. August. Demnach sei es nach dem Glauben an Gott die vornehmste Pflicht eines saudischen Moslems, die GIs aus dem Land zu vertreiben. Bereits am 10. Juli hatte er in einem Interview mit dem Londoner 'Independent' den Bombenanschlag auf eine US-Basis im saudischen Dhahran als "Beginn eines Krieges der Moslems gegen die USA" bezeichnet. Usama hatte in den 80er Jahren im Auftrag der saudischen Regierung in Pakistan die Unterstützung der antisowjetischen Mudshahedin in Afghanistan koordiniert. Heute bezeichnet ihn das US-Außenministerium als einen der wichtigsten Unterstützer des weltweiten islamischen Extremismus'.

Laut 'Los Angeles Times' wurden in den letzten 15 Jahren nach amerikanischen Schätzungen rund 12.500 islamische Extremisten aus aller Welt in La-

gern in Afghanistan oder im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet in Kampf- und Sabotagetechniken ausgebildet.

### Neue Asylbewerberzahlen

Laut Bonner Bundesinnenministerium gehörte Afghanistan auch im Juni und Juli 1996 wieder zu den Hauptherkunftsländern der Asylbewerber in der Bundesrepublik. Nach der Türkei, Jugoslawien und Irak stellte das Land in Juni das viertgrößte und im Juli - hinter Sri Lanka und Iran - mit 444 Antragstellern das sechstgrößte Kontingent.

### Afghanische Parteifunktionäre müssen Asyl erhalten

Eine einfache Mitgliedschaft in der ehemaligen regierenden 'Demokratischen Volkspartei Afghanistans' (DVPA) reicht nicht zur erfolgreichen Begründung eines Asylantrages in Deutschland aus. Das entschied der 13. Senat des Hessische Verwaltungsgerichts in Kassel am 8. Juli in zwei Grundsatzurteilen. Ehemalige Funktionäre haben hingegen Anspruch auf Asyl. Einem ehemaligen Offizier der afghanischen Luftstreitkräfte bescheinigte es die Gefahr einer politischen Verfolgung, weil er in der Sowjetunion ausgebildet und DVPA-Funktionär gewesen sei. Deshalb wäre er auch heute noch politischer Verfolgung ausgesetzt, wenn er in seine Heimat zurückkehren müßte. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hatte die Klage des Antragstellers zuvor abgelehnt. Die Klage eines zweiten Afghanen auf Gewährung von Asyl wurde zurückgewiesen, da er nur einfaches Parteimitglied gewesen war.

Das Gericht stellte als erstes Oberverwaltungsgericht fest, daß es in Afghanistan keine staatliche Macht mehr gebe, die politische Verfolgung im gesamten Land ausüben könne, wohl aber neben der Kabuler Regierung zahlreiche Regionalmächte, die politische Gegner verfolgten. Die Verwaltungsgerichte hätten bislang uneinheitlich entschieden, hieß es (Aktenzeichen: VGH 13 UE 962/96.A und 13 UE 177/96).

### Abschiededrama auf dem Flughafen Frankfurt/Main

Nach einem zehntägigen Hungerstreik gegen ihre drohende Abschiebung konnte eine fünfköpfige afghanische Familie am 12. August nach Deutschland einreisen. Sie war vier Wochen zuvor nach Moldawien abgeschoben worden, weil sie von dort aus eingereist war, von den moldawischen Behörden aber sofort wieder zurückgeschickt wurde. Das Frankfurter Verwaltungsgericht hatte entschieden, daß es dem Ehepaar mit drei Kindern im Alter zwischen acht und zwölf Jahren zuzumuten sei, von der ehemaligen Sowjetrepublik über den 5.000 Kilometer langen Landweg in den Norden Afghanistans zu reisen. Es habe sich auf eine Auskunft des Auswärtigen Amtes berufen, nach der "alle Städte Afghanistans auf dem Landweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln von den benachbarten Staaten aus erreichbar" seien, so 'Pro Asyl', das gegen die Entscheidung protestierte. Die Organisation wies darauf hin, daß Moldawien der Genfer Flüchtlingskonvention nicht beigetreten sei und es dort keinen Flüchtlingschutz gebe.

## Wer ist der Frommste im ganzen Land?

von Thomas Ruttig

**Der nachfolgende Beitrag entstand noch vor der Einnahme Kabuls durch die Taleban Ende September. Er gibt einen Eindruck von der Lage im Land, die durch den wachsenden Einfluß der Taleban gekennzeichnet war.**

Keine drei Wochen brauchten die Taleban, um der einzigen "neutralen" Fraktion im afghanischen Krieg ein Ende zu bereiten. Im September stürmten die

von Pakistans Militärgeheimdienst ISI gesponsorten Radikal-Islamisten ohne große Gegenwehr die Stadt Dshalalabad, Sitz der "Schura von Nangrahar". Der Chef dieses Rates aus Militärkommandanten verschiedener Parteien, Abdul Qader, und seine wichtigsten Leute setzten sich sang- und klanglos über die Grenze ins nahe Pakistan ab.

Damit landeten die Taleban ihren dritten großen Schlag, seitdem sie Ende 1994 für westliche Beobachter aus dem Nichts auf der Bildfläche aufgetaucht waren. In einer ersten Etappe eroberten sie in wenigen Wochen fast die gesamte

Südhälfte Afghanistans und richteten ihr Hauptquartier in der alten afghanischen Königsstadt Kandahar ein. Nachdem es Anfang 1995 ohne viele Probleme den Sitz des bis dahin gefürchtetsten Mudshahedin-Chefs, Gulbuddin Hekmatyar, in Maidanschahr südlich von Kabul eingenommen und dessen 'Islamische Partei' fürderhin zum militärischen Statisten degradiert hatten, scheiterten sie jedoch mit dem Versuch, auch gleich die Hauptstadt Kabul mit zu überrennen. Dort erlitten sie ihre bisher einzige größere Niederlage gegen die vom legendären "Löwen vom Pandshschir-Tal",



Die Taliban-Miliz vor Kabul (Foto: PTI)

Ahmad Schah Massud, befehligten Regierungstruppen, der schon jahrelang den sowjetischen Besatzungstruppen große Probleme bereitet hatte.

Im September 1995 fiel ihnen die drittgrößte Stadt des Landes, Herat an der Grenze zu Iran, in die Hände. Ähnlich wie in Dshalalabad hatte dort unangefochten ein Kommandeur der auch in Kabul regierenden 'Dshamiat-e Islami' (Islamische Vereinigung) geherrscht, Ismail Khan. Er hatte alle - feindlichen - Mudshahedin entwaffnet, in der Stadt die Ordnung wiederhergestellt (nicht ohne Repressalien) und einen wirtschaftlichen Aufschwung in Gang gesetzt. Sogar von den ersten Touristen soll Ismail Khan bereits geträumt haben. Wie sein ostafghanischer Kollege Abdul Qader floh er über die nahe Grenze, aber nach Iran. Dort soll er mit Hilfe der "Revolutionswächter" (Pasdaran) Leute zur Wiedereroberung seiner Provinz ausbilden, aber bisherige Vormarschversuche endeten kläglich schon kurz hinter der Grenze.

Abdul Qaders Kämpfer hatten Ende April 1992 die Provinzen Nangrahar mit ihrem Zentrum Dshalalabad sowie Kunar und Laghman besetzt. Sie gehörten zur sogenannten 'Islamischen Partei II', die sich 1979 von der gleichnamigen Gruppe

des jetzigen Kabuler Ministerpräsidenten Gulbuddin Hekmatyar abgespalten hatte. Ihr Chef, der etwa 70jährige Geistliche Yunus Khales, galt als "geistlicher Führer" der Schura, die von seinen vier wichtigsten Militärkommandanten geleitet wurde.

Die Schura hielt sich nach dem Sturz der prosovjetschen Regierung Nadshibullah 1992 aus allen innerafghanischen Zwistigkeiten heraus. Dshalalabad wurde zu einer neutralen Zone, in die sich hunderttausende Afghanen aus den Kampfgebieten flüchteten sowie in- und ausländische NGOs ansiedelten. Kabul zahlte "Transitgebühren" für Nachschub aus Pakistan, der Grenzhandel florierte - auch mit Opium von den Mohnfeldern des von subtropischem Klima geprägten Landstrichs -, internationale Hilfsgelder flossen in das Gebiet, und mit diesen Einnahmen finanzierte die Schura den Wiederaufbau der einstigen Winterresidenzstadt der afghanischen Könige.

Auch politisch entwickelte sich die Stadt zur Drehscheibe. Verfeindete Fraktionen verhandelten hier. Der greise Yunus Khales wurde sogar als möglicher Kompromißkandidat für das afghanische Präsidentenamt gehandelt. Und auch der neue UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, der seit Juli amtierende deutsche

Diplomat Norbert Holl (vorher im Auswärtigen Amt Chef des Südasien-Resorts), erkor Dshalalabad zu seinem Hauptquartier - wegen dessen stabiler Sicherheitslage. In Kabul, so Höll, könne "man nicht vernünftig arbeiten", wegen des ständigen Raketenbeschusses. Doch als die Taliban Dshalalabad angriffen, hielt er sich zusammen mit UNO-Vizegeneralsekretär Goulding gerade zu seinem zweiten Besuch in Kabul auf.

### Ende der "Schura von Nangrahar"

Die Taliban standen seit Mitte 1995 an der Südgrenze des Schura-Gebietes und schienen dessen Neutralität zu respektieren. Erst Ende August stießen sie nördlich in Richtung Kabul vor und erbaten sich dafür von Abdul Qader eine Durchmarscherlaubnis, die der jedoch verweigerte. Auch ein militärisches Hilfsangebot Kabuls, das Hals über Kopf Vizepremier Qutbuddin Hilal nach Dshalalabad schickte, schlug die Schura aus. Sie rechnete offenbar nicht mit einem Angriff - was sich als krasse Fehleinschätzung erwies.

Die Taliban kontrollieren nun drei der fünf wichtigsten Städte Afghanistans, neben Dshalalabad auch Herat und Kan-

dahar, und 18 der 30 Provinzen des Landes - zwei Drittel seines Territoriums und gut die Hälfte der Bevölkerung. Die unübersichtliche Konstellation im afghanischen Jeder-gegen-Jeden reduzierten sie mit ihrem jüngsten Sieg auf drei Parteien: sich selbst, die Kabuler Regierung und den usbekischen Warlord Abdurrahman Dostam.

Sie sind in letzter Zeit auch in Zentralafghanistan im Vormarsch. Im dortigen Hochland, dem Hazaradshat, dominierten bisher schiitische Gruppen. Doch die stärkste davon, die "Partei der Islamischen Einheit", spaltete sich beziehungsweise, nachdem ihr Vorsitzender Mazari im vergangenen Jahr von den Taleban in eine Falle gelockt und getötet worden war. Eine Fraktion steht jetzt auf Seiten der Kabuler Regierung, eine andere auf Seiten der "Opposition". Und Iran bemüht sich krampfhaft, beide wieder zusammenzubringen. Bereits im Mai fiel deshalb den Taleban Tschaghtscharan, die Hauptstadt der Provinz Ghor, in die Hände, die fast auf halbem Wege westlich von Kabul liegt.

Aber auch die Taleban sind offensichtlich nicht so monolithisch, wie sie scheinen. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA sprach am 2. Juni von einem (wahrscheinlich nur sehr relativ zu sehenden) "liberalen" und einem "Hardliner"-Flügel. Während Vertreter des ersten eher Gespräche suchen, auch mit der UNO, die Belagerung Kabuls einstellen wollen und einen Ausgleich mit der dortigen Regierung anstreben, gehen letztere weiter auf radikale Konfrontation. Für sie sind alle Gegner unter den Mudshahedin "Kriminelle", die in einem künftigen Afghanistan keine Rolle mehr spielen sollen. Die Kabuler Zeitschrift 'Dariz' berichtete sogar, Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar habe am 28. Mai einen Coup in den eigenen Reihen überlebt. Allerdings kann es sich dabei auch um Gerüchte und eine absichtliche Doppelstrategie handeln, was für Afghanistan nichts ungewöhnliches wäre.

### Dostam im Norden

Dostam kontrolliert mehrere Nordprovinzen mit der "Hauptstadt" Mazar-e Scharif. Seit August herrscht zwischen ihm und Kabul offiziell Waffenstillstand. Unterstützt wird der ehemalige Kommandeur der Spezialtruppen Nadshibullahs von den Nachbarn Usbekistan und Turkmenistan sowie Rußland - als Sperrgürtel gegen die "fundamentalistische Gefahr". Der als "ehemaliger Kommunist" beargwöhnte General hat zwar eine 'National-islamische Bewegung' gegründet, aber für ein islamisches Regime hat er nicht viel übrig. In seinem Machtbereich genießen Frauen

viele Freiheiten und vor allem das Recht auf Arbeit. Deshalb suchten viele ehemalige Beamte der Nadshibullah-Regierung bei Dostam Schutz. Sein erdgasreiches "Nordreich" verfügt so auch über die größten intellektuellen Potenzen des Landes.

Auf seiner Seite stehen nach wie eine Fraktion der 'Wahdat'-Partei und die 'Nationale Rettungsfront' des ersten Interimspräsidenten Sebghatullah Modshaddedi, die zusammen den 'Obersten Koordinierungsrat der Islamischen Revolution in Afghanistan' (SCCIR) bilden. Dazu gehörte auch Hekmatyars 'Islamische Partei' bis zu seinem Seitenwechsel im Juni. Allerdings ist er daraus auch nicht ausgetreten, sondern nutzt seine Kanäle, zu Versuchen, auch den SCCIR und vor allem Dostam auf die Seite Kabuls zu ziehen. Im Juli soll Hekmatyar erneut mit Dostam verhandelt haben, in einem Stützpunkt der Wahdat-Partei in der Provinz Bamian.

Die Taleban haben sich bisher nicht auf Dostams Territorium vorgewagt. Dort leben vor allem turksprachige Minderheiten - Usbeken und Turkmenen -, unter denen die Taleban keine Basis haben. Und solange der Kampf zwischen den Taleban und Kabul nicht entschieden ist, hat Dostam auch wenig zu befürchten.

Den kleinsten Anteil des afghanischen Kuchens besitzt die Kabuler "Zentralregierung". Sie wird zwar von der UNO nicht anerkannt, weil die Amtszeit des "Übergangspräsidenten" Burhanuddin Rabbani längst abgelaufen ist. Aber dafür wird sie politisch und militärisch besonders von Iran, aber auch von Rußland sowie - logistisch gegen Pakistans Einfluß - von Indien unterstützt. Nach dem Fall Dshalalabads kann Kabul über Land nur noch von Norden erreicht werden, über Dostam-Gebiet und den Salang-Paß. Aber der ist im Winter lange Monate unpassierbar.

### Schachmatt für Musik

Aber der innerafghanische Krieg wird nicht nur militärisch geführt. Zwischen dem Kabuler Zweiergespann Rabbani/Hekmatyar und den Taleban läuft derzeit eine Art Wettstreit: "Wer ist der Frommste im ganzen Land?". Die Taleban setzen bereits seit ihrem Auftauchen Ende 1994 mit drakonischer Härte ihre Lesart der Scharia, der islamischen Rechtsprechung, durch. Politische Gegner werden öffentlich hingerichtet, Ehebrecher gesteinigt, Mörder durch Familienangehörige der Mordopfer mit der Waffe ihres Verbrechens getötet. Dieben werden Gliedmaßen amputiert. Afghanistan-Besucher berichteten sogar, daß die Taleban in ihren Machtbereich einreisende Afghanen solange inhaftieren, bis

deren Bart auf islamisch-korrekte Länge gewachsen ist. Zertrümmerte Fernsehgeräte säumen die Straßen.

Kurz nach seiner Amtsübernahme Ende Juni zog Hekmatyar nach. Per Ukas untersagte er den Afghanen in seinem Einflußbereich Musikinstrumente und Musiksendungen in Radio und Fernsehen, Kinobesuche, Videos, Satellitenfernsehen, Kartenspiel, Hundekampf und Pferderennen, Fußball, Volleyball, Schach. Derlei Unterhaltung, so begründete der Ex-Zögling Pakistans und der CIA seine Maßnahmen, widerspräche den "islamischen Gesetzen". Dasselbe gelte auch für lange Haare bei Männern - die besonders unter der paschtunischen Bevölkerungsmehrheit bisher durchaus nicht unüblich waren. Frauen, so ordnete Hekmatyar ferner an, müßten von nun an "dezenste und würdige Kleidung" tragen, sich also streng verschleiern. Nicht alle Kabulerinnen, die schon unter dem König (bis 1973) und anschließend unter den linken, prosovjetschen Regierungen Taraki, Amin, Karmal und Nadshibullah (bis 1992) mehr als nur einen Hauch von Gleichberechtigung erlebten, folgten bislang derartigen Anweisungen.

Allerdings strotzten auch vorher die Filme im afghanischen Regierungsfernsehen und im Programm der sechs überlebenden Kabuler Filmtheater nicht gerade vor "unislamischer" Sinnesfreude. Szenen der beliebten indischen und pakistanschen Dutzendstreifen, in denen unverhüllte Frauen oder Tänze gezeigt wurden, fielen auch vor dem Ukas der Schere des Zensors zum Opfer. Auch die wenigen Ansagerinnen im Fernsehen durften nur sorgfältig verschleiert auftreten.

Will der afghanische Premier nun erfolgreich Wasser predigen, muß er vor allem seine eigenen militärischen Unterführer davon abbringen, öffentlich Wein zu trinken. Denn während nach 16 Jahren Krieg im Kabuler Herrschaftsgebiet Schätzungen zufolge nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung überhaupt noch über ausreichend Strom verfügen, um elektrische Geräte zu betreiben, fehlt es den Mudshahedinchefs an nichts. Mit Dieselaggregaten betrieben laufen Videorecorder und Satellitentelefone. Und während sich die Bevölkerung selbst Brot kaum noch leisten kann, stellte die UNO selbst während der harten Belagerung Kabuls Anfang 1996 fest, daß die mehrere zehntausend Mann umfassende Kabuler Garnison mehr als nur ausreichend versorgt wurde. Präsident Rabbani residiert in einem kleinen Jagdschloß außerhalb von Kabul, und die Minister lassen sich an den Wochenenden ins sichere Pakistan ausfliegen.